

Fraktionsarbeit und bürgerschaftliches Engagement

von Wilfrid Fabel
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Krefeld

I. Fraktionsarbeit und bürgerschaftliches Engagement

Fraktionsarbeit und bürgerschaftliches Engagement stehen in einem engen Zusammenhang. Gute Fraktionsarbeit ist ohne bürgerschaftliches Engagement nicht möglich. Deshalb sollte Fraktionsarbeit auch immer bürgerschaftliches Engagement beinhalten und einbeziehen, und zwar sachlich wie personell. Sachlich dadurch, dass die relevanten bürgerschaftlichen Gruppen fester Bestandteil des regelmäßigen Dialogs zwischen Fraktion sowie bürgerschaftlichen Initiativen und Institutionen sind, und personell in der Weise, dass Fraktionsmitglieder auch im bürgerschaftlichen Leben engagiert und verankert sind.

II. Fraktionsarbeit

Der POLIS-Arbeitskreis der Bertelsmann-Stiftung hat unter Beteiligung der kommunalpolitischen Vereinigungen von CDU, FDP, Grünen und SPD ein Papier zur Effektivierung der Rats- und Fraktionsarbeit erstellt, in dem die Anforderungen an eine effektive Rats- und Fraktionsarbeit wie folgt beschrieben werden:

- Eine Effektivierung der Rats- und Fraktionsarbeit muss bewirken, dass sich die Fraktionen inhaltlich und politisch positionieren. Hierzu sind Kommunikationskompetenzen erforderlich, die z.B. für die strategische Planung und Zielfindung mit der Verwaltung und den Bürgern unerlässlich sind. Zumindest sollten bestimmte Fraktionsmitglieder einen expliziten Auftrag haben, sich intensiv mit entsprechenden Methoden befassen und hier Expertenwissen aufbauen. Dies verlangt eine notwendige fachliche Spezialisierung und koordinierte Arbeitsteilung in den Fraktionen im Allgemeinen.
- Zum zweiten werden diejenigen Fraktionen erfolgreicher arbeiten, die weniger Zeit mit dem Abhalten von internen Sitzungen etc. verbringen, um mehr Zeit für externe Tätigkeiten frei zu haben; z.B. für die Arbeit mit den Bürgern, für strategische Politikentwicklung. Es ist daher auch aus diesem Blickwinkel unbedingt erforderlich, dass Verbesserungen der Arbeitsaufteilung zu einer Effektivierung und einer zeitlichen Entlastung der Fraktionsmitglieder und des Fraktionsvorstandes führen.
- Zum dritten sollen die Verbesserungen der Fraktionsarbeit – einhergehend mit den obigen Zielen – eine engere, reibungslosere Kooperation mit der Verwaltung ermöglichen (z.B. durch Parallelstrukturen Verwaltung – Ausschüsse – Fraktionen). Auch muss moderne Fraktionsarbeit zu einer größeren Eindeutigkeit von Entscheidungen politischer Gremien und damit zur Vergrößerung der Entscheidungskompetenz gegenüber der Verwaltung führen.
- Viertens muss die Modernisierung der Ratsarbeit dazu führen, Kommunalpolitik für die sogenannten zeitarmeren Persönlichkeiten attraktiver zu machen. Gute Kommunalpolitik zieht gute Leute an. Somit sind effektive Arbeitsweisen und ein

positives Arbeitsklima für jede Fraktion ein nicht zu verachtender Pluspunkt, was die Gewinnung von Kandidaten betrifft.

Daß dabei auch die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements ausdrücklich hervorgehoben und besonders unterstrichen wird, ist richtig und wichtig. Diesen Aspekt der ebenso sinnvollen wie nützlichen Verbindung von Fraktionsarbeit und bürgerschaftlichem Engagement versuchen wir Krefeld seit vielen dadurch gerecht zu werden, dass wir die Bürgerschaft laufend über ihre kommunalpolitischen Ziele und Auffassungen zu informieren und die Wünsche der Bürger aufzunehmen, um dadurch lebendige Verbindung zwischen Bürgerschaft und Fraktion herzustellen.

Grundlage für die kommunalpolitische Arbeit der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Krefeld sind die jeweiligen Kommunalwahlprogramme der CDU Krefeld sowie die jeweiligen Arbeitsprogramme der CDU-Ratsfraktion Krefeld für die jeweiligen Wahlperioden des Rates, die aktuell schwerpunktmäßig darauf abzielen die Innenstadt und die Stadtteilzentren mit ihrem vielfältigen Angebot an kulturellen, schulischen, sportlichen, sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen zielorientiert und zukunftsweisend mit einer modernen Verwaltung, die sich als bürgerorientiertes Dienstleistungsunternehmen versteht, auf einer soliden finanziellen Grundlage weiter zu entwickeln sowie Ordnung und Sicherheit für die Bürger zu gewährleisten.

Die Kommunalwahlprogramme der CDU Krefeld werden von Wahlperiode zu Wahlperiode bürgeroffen erarbeitet. Das bedeutet, dass der vom Parteivorstand vorgelegte Entwurf zunächst in der Bürgerschaft zur Diskussion gestellt wird. Deren Stellungnahmen, die oft sehr hilfreich und nützlich sind, werden dann soweit wie möglich und vertretbar in eine überarbeitete Programmfassung übernommen, bevor ein Programmparteitag, der ebenfalls für alle Bürgerinnen und Bürger sowie für alle relevanten Gruppen der Stadt offen ist, die Endfassung des Wahlprogramms beschließt, das wiederum die Grundlage für die praktische Arbeit in der Fraktion sowie im Rat und seinen Fachausschüssen bildet.

Bürgerorientierung ist ein wichtiges Ziel der kommunalpolitischen Arbeit der CDU-Ratsfraktion Krefeld. So führt die Krefelder CDU-Ratsfraktion regelmäßig öffentliche Fraktionssitzungen in allen Stadtbezirken zu wichtigen Fragen und Problemen der Stadtpolitik und der Fraktionsarbeit durch. Außerdem bedient sich die CDU-Ratsfraktion Krefeld des Instruments der Expertenanhörung zu wichtigen kommunalen Themen, um den Sach- und Fachverstand externer Fachleute in die politische Meinungs- und Willensbildung einzubeziehen, ohne sich dabei allerdings allein darauf zu verlassen. Beispiele: Anhörung des Einzelhandelsverbandes, der IHK und des Hotel- und Gaststättenverbandes im Zusammenhang mit der geplanten Ansiedlung eines Internationalen Freizeit- und Entertainment-Centers in Krefeld oder Anhörung von IT-Experten bei der Erweiterung des Geschäftsfeldes der Stadtwerke um ein Engagement in der Telekommunikation.

Regelmäßige Zielgruppengespräche (z.B. mit dem Stadtsportbund Krefeld e.V. und den diesem angeschlossenen rd. 250 Vereinen und Verbänden des Sports; mit dem Stadtverband Krefeld der Kleingärtner e.V. und den diesem angeschlossenen rd. 65 Kleingartenvereinen; mit den Jugend- und Sozialverbänden; mit der Kreishandwerkerschaft Krefeld und den darin zusammengeschlossenen Innungen; mit dem Einzelhandelsverband Krefeld; mit der Architektenschaft; mit der Kreisbauernschaft; mit der Industrievereinigung für Krefeld und Umgebung; mit den

Gewerkschaften; mit den gewählten Personalräten der Stadtverwaltung Krefeld; mit den Amts- und Fachbereichsleitern der Stadtverwaltung Krefeld) sind fester Bestandteil der Jahresplanung der CDU-Ratsfraktion. Ferner nimmt die Fraktionsführung zu aktuellen und grundsätzlichen Fragen und Problemen der Stadtpolitik in regelmäßigen Pressekonferenzen Stellung, um die Position der CDU-Ratsfraktion in der Öffentlichkeit zu artikulieren und darzulegen. Außerdem erfolgt eine regelmäßige Information der örtlichen Presse durch den Pressedienst der CDU-Ratsfraktion.

Einmal wöchentlich führt die CDU-Ratsfraktion Bürgersprechstunden im Rathaus durch, in denen jeweils ein Ratsmitglied interessierten Bürgerinnen und Bürgern im Rathaus Rede und Antwort steht.

Dass die CDU politisch – mit kurzer Unterbrechung (1989 bis 1994) – seit 1949 als Motor des Fortschritts Verantwortung für Krefeld trägt, ist nicht zuletzt das Ergebnis einer effektiven und erfolgreichen kommunalpolitischen Arbeit, wie wir sie in Krefeld seit vielen Jahren praktizieren auch dadurch praktizieren, dass fast jeder politische Mandatsträger der Union in Krefeld dem bürgerschaftlichen Leben durch Mitgliedschaft in einem Verein oder Verband verbunden ist und von daher auch bestens vertraut ist mit den fachlichen Fragen und den örtlichen Problemen. Das gilt in Krefeld insbesondere für die zahlreichen Krefelder Bürgervereine, die eine Krefelder Spezialität sind, die ich zum besseren Verständnis im Folgenden etwas näher beschreiben möchte.

III. Bürgerschaftliches Engagement

Unter dem Dach der Arbeitsgemeinschaft Krefelder Bürgervereine sind rund 30 Adressen verzeichnet. Es sind die Adressen der Bürgergesellschaften und Bürgervereine. Sie decken nahezu lückenlos das gesamte Stadtgebiet ab. In kaum einer anderen Stadt gibt es diese Ebene flächendeckender bürgerschaftlicher Aktivität. Allenfalls von Wuppertal ist ansatzweise eine ähnliche Organisationsebene bekannt. Warum gerade die Krefelder glauben, daß neben Stadt und Kirche, neben dem dichten Netz von mehr als 700 eingetragenen Vereinen eine auf den jeweiligen Stadtteil bezogene Organisation erforderlich ist, kann einem niemand plausibel erklären. Darüber kann man allenfalls spekulieren.

Die ältesten Bürgervereine haben das Jubiläum des 100jährigen Bestehens schon lange hinter sich. Kriegsbedingte Pausen, durch Personalflaute bedingte Chronologie-Lücken gibt es in jeder der Vereinsbiographien. Aber nie war einer dieser alten Vereine so tief eingeschlafen, daß nicht eines Tages jemand erfolgreich den letzten Lebens-Funken wieder angeblasen hätte. Die jüngsten der Bürgervereine erblickten vor mindestens 20 Jahren das Licht der Welt. Der allerjüngste Bürgerverein besteht seit ca. drei Jahren.

Wer in der Geschichte der alten Bürgervereine blättert, findet meist einen konkreten Tatbestand, der die Gründung der Organisation ausgelöst hat. Im Bürgerverein Bahn-Bezirk beispielsweise, der es auf weit mehr als 130 Jahre bringt, rotteten sich Krefelder zusammen, die ihre Interessen im Krefelder Rathaus mangelhaft berücksichtigt fanden. Tatsächlich waren die Zustände rund um den Krefelder Bahnhof zur Zeit der Gründung des Vereins völlig unhaltbar. Auf den Bahnstrecken

nach Kleve und Aachen herrschte reger Verkehr. Die Schienen befanden sich noch auf der 0-Ebene. Häufig blieben die Schranken am Rande der Innenstadt eine halbe Stunde lang oder auch länger geschlossen. Fuhrleute standen mit ihren Pferdefuhrwerken und Kutschen ebenso in einem endlosen Stau wie Fußgänger. Hinzu kam, daß die Dampflokomotiven die Gegend mit Ruß einpuderten. Der Protest gegen diese Zustände war eine der wichtigsten Aktivitäten des Bürgervereins. Und - wenn man so will - er hatte Erfolg. Um 1904 begann man mit dem Bau des Bahndamms diagonal durch das gesamte Stadtgebiet.

Wir lernen daraus, daß das Wort „Bürgerinitiative“ zwar in den 70er Jahren erfunden wurde und eine große Konjunktur erlebte. Die Sache selbst war spätestens im 19. Jahrhundert bereits erfunden, in Funktion, erprobt und erfolgreich.

Ein anderes Motiv für die Gründung von Bürgervereinen war der Wunsch, die historisch gewachsene Identität eines Stadtteils zu wahren und zu pflegen. Ein Fischelner ist eben noch lange kein Hülser. Und ein Verberger will partout kein Inrath sein. Je größer und globaler die Welt wird, je verwirrender ihre Zustände und Zwänge sich präsentieren und auswirken, desto mehr streben viele Menschen nach einer Alternative, nach Überschaubarkeit und Orientierungsmöglichkeiten, nach einem Mittel gegen Anonymität und Einheitsbrei. Und so ist ein Bockumer immer und zu allererst ein Bockumer, dann erst ein Krefelder, schließlich auch ein Rheinländer, unvermeidlicherweise ein Deutscher und letztlich auch noch Europäer. Das Bestreben, überschaubare Verhältnisse zu konstituieren, ist mit Sicherheit ein wichtiges Motiv für die offenkundige Unverzichtbarkeit der Bürgervereine.

Junge Bürgervereine treten für diese These ebenso überzeugend den Beweis an. 1968 wurde beispielsweise der Bürgerverein Elfrath gegründet. Elfrath hatte bis dato keinerlei Ortsqualitäten aufzuweisen. Erst, als im Gefolge des Bevölkerungswachstums der Nachkriegs-Fluchtbewegungen, des dadurch erforderlichen Baubooms auf den Ackerflächen neben Haus Rath innerhalb weniger Jahre ein neuer Stadtteil entstand, regte sich auch dort lokal begrenztes Eigenleben. Es regte sich unter anderem aus Protest gegen Diskriminierung. Elfrath galt als Sozialgetto innerhalb der Stadt, als belastete Problemzone, als inakzeptable Adresse. Und tatsächlich hat die Gründung des Bürgervereins, die damit formierte Interessenvertretung und Eigeninitiative entscheidend dazu beigetragen, das Profil des Stadtteils positiv zu korrigieren.

Ein weiteres Motiv für die Lebensfähigkeit der Bürgervereine ist die Tatsache, daß der Krefelder gern wider den Stachel der Obrigkeit löckt, gleichzeitig aber die Parteien als ungeeignetes Mittel zur Korrektur der Verhältnisse ansieht. Ja, sehr vielen Krefeldern ist eine ausgesprochene Abneigung eigen, eine politische Ausrichtung zu erkennen zu geben, geschweige Mitglied einer Partei zu werden und dafür auch noch Beitrag zu zahlen. Selbst wenn man aus Gründen gewissen Kalküls Mitglied einer demokratischen Partei ist, redet man tunlichst nicht darüber. Man gibt sich gern neutral, ungebunden und nach allen Seiten offen. Von mehr als 160 000 Wahlberechtigten sind nur rund 4200 Mitglied einer Partei. Mitglied eines Bürgervereins zu sein, gilt hingegen als Ausweis von Unabhängigkeit, Gemein- und Eigensinn.

In diesem Zusammenhang ist die letzte Gründungswelle interessant, die den jetzigen Organisationsgrad der Bürgervereine auf Gesamtstadtebene herbeiführte. Sie war eine Reaktion auf die „von oben“ inszenierte Installation von neun parteipolitisch besetzten Bezirksvertretungen im Jahre 1975.

Bei der Betrachtung dieses Phänomens muß man etwas über die Stadtgrenzen und die Jahreszahl 1975 hinausgreifen. Bereits im Jahr 1969 hatte das Land Nordrhein-Westfalen in einer ersten Welle der kommunalen Neuordnung viele selbständige Gemeinden zu größeren Einheiten zusammengeschlossen. Nur Zeitzeugen können sich noch vorstellen, wie massiv die Proteste der Bürger in den Gemeinden waren, die ihre Selbständigkeit verlieren sollten. Nebenbei gesagt: ein Kraftakt wie der der kommunalen Neuordnung des Jahres 1975 wäre heutzutage undenkbar. Mit der Selbständigkeit gingen auch viele Mandate politisch aktiver Bürger über den Jordan. Das bewirkte einen Verlust aktiven Personals bei den Parteien, der bis heute spürbar ist.

Krefeld war bei dieser Neuordnung des Jahres 1969 eine Ausnahme. Das Stadtgebiet veränderte sich nur marginal. Die Auswirkungen, die ringsum alles in höchste Aufregung versetzten, blieben in der Stadt nahezu unbemerkt. 1975 allerdings kam nicht nur Hüls zu Krefeld. Der Landtag erließ auch ein Gesetz, das den Personalverlust des Jahres 1969 ausgleichen und eine ortsnahe politische Repräsentanz ermöglichen sollte. Den Großstädten wurde aufgegeben, mindestens drei, höchstens neun Bezirksvertretungen zu installieren und durch Wahlen politisch zu besetzen. Für die engmaschige Neuner-Lösung sprach damals in den Augen der Krefelder Lokalpolitiker durchaus neben vielem anderen auch das Argument, einigen bürgernah tätigen und recht renitenten Vereinen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Es entsprach dem Klima der Zeit - man denke an die 68er Jahre und ihre Folgen - auch in bürgerlichen Kreisen einiges an Protestpotential zu mobilisieren. Die Arbeitsgemeinschaft der Bürgervereine lieferte in ihrer langen Ära ständig die öffentliche, kritische Begleitmusik zu vielen städtischen Aktivitäten. Auch manche örtlichen Bürgervereine nutzten ihr Gewicht und die Presse, um Forderungen und Kritik massiv anzubringen.

Für das Landesgesetz zur Installation von Bezirksvertretungen hatte ein Krefelder Modell Pate gestanden. Die Stadt Uerdingen, die 1929 zum Zusammenschluß mit Krefeld gezwungen wurde, hatte sich im Vereinigungsvertrag mit einer Bezirksvertretung ein örtliches Quasi-Parlament ausbedungen. Die Uerdinger Bezirksvertretung mit dem Bezirksbürgermeister an der Spitze erwies sich als wirksames Friedensangebot und bewährte sich als Pufferzone zwischen „Rheinstadt“ und „Gesamtstadt“. Freilich waren 1975 längst nicht alle Großstädte daran interessiert, das engmaschige Netz der Bezirksvertretungen einzurichten. Städte, die mehrfach größer sind als Krefeld, begnügen sich mit drei solchen Lokalvertretungen.

Die Krefelder reagierten auf das engmaschige Netz anders, als dies erwartet wurde. Was als basisdemokratisches Friedensangebot der „Stadtregierung“ propagiert wurde, wurde vor Ort in einigen Stadtteilen als parteipolitisch gelenkte

Bevormundung aufgefaßt. Dagegen, so glaubten viele, hilft nur die Gründung eines Bürgervereins, falls der noch nicht bestehen sollte, beziehungsweise die Aktivierung eines bestehenden Vereins. Und so stellt sich die Landkarte der Krefelder Bürgervereine nun dar.

Freilich, betrachtet man den einzelnen Verein, so sind die Unterschiede gravierend. Manchem Verein genügt es, für die Kinder des Viertels den gemeinsamen Martinszug zu organisieren und den Mitbürgern, die über 70 Jahre alt sind, einen Geburtstags-Gruß zu senden. Andere Bürgervereine versenden überdies Weihnachtspäckchen an Bundeswehrsoldaten, richten Feste und Mundartabende aus, laden Senioren zu Karnevals- und Adventsfeiern ein und werden von ihren Vorständen virtuos als Lobby des Stadtteils genutzt, wenn es um die Sicherung von Schulwegen, die Einrichtung von Verkehrsampeln, den Ausbau von Straßen, die Erweiterung der Grundschule und andere wichtige Anliegen geht.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß es längst nicht allen Bürgervereinen gelingt, personell auch die parteipolitische Neutralität darzustellen, die man so gern anstrebt. Das Potential tüchtiger Ehrenamtler in der Stadt hat seine Grenzen. Außerdem mögen wachsame Parteienker eine solch umfassende Struktur nicht frei im Raum agieren lassen. So meldet sich denn der eine oder andere Parteipolitiker freiwillig oder er wird vorgeschlagen, wenn es gilt, den Vorsitz eines Bürgervereines zu besetzen.

Man versucht also, mehr oder weniger offen eine Frau/einen Mann aus den eigenen Reihen an die Spitze eines solchen Vereins zu lancieren, damit man die Sache ein wenig unter Kontrolle hat und das Feld nicht fahrlässig der Konkurrenz überläßt. Und da sich längst nicht überall ein einsatzfreudiger und sachkundiger „freier“ Bürger findet, haben die Parteien mit dieser Art von Personalpolitik sehr häufig auch Erfolg. Praktisch ist in diesem Zusammenhang auch, daß der Bürgerverein für den tüchtigen Parteipolitiker eine willkommene Bühne sein kann, auf der er sich als Kandidat für höhere Weihen präsentieren kann.

Wie dem auch sei - wenn es die Bürgervereine nicht gäbe, müßte man sie erfinden.

Wenn sie als Korrektiv der politischen Ebene mit gemäßigten Methoden agieren, so sind sie doch in der Binnenwirkung innerhalb ihres Stadtteils unverzichtbar. Sie sind immerhin eine Adresse, bei der ein Bürger seine Sorgen anbringen kann und hoffentlich den richtigen Weg gewiesen bekommt. Sie sind vor allem dazu gut, eine kleinräumige Identität zu fördern, Menschen zusammenzubringen, einsame Senioren oder Hilfsbedürftige aufzuspüren und mit Fürsorge zu umgeben, eine überschaubare Welt zu schaffen, in der sich der Bürger unserer Zeit beheimatet fühlt.

IV. Zusammenfassung

Ehrenamtliche Tätigkeit und vielfältige weitere Formen bürgerschaftlichen Engagements haben bei uns eine lange Tradition mit einer hohen gesellschaftlichen Bedeutung. Soziale Verantwortung übernehmen und übernehmen in Krefeld viele Bürgerinnen und Bürger in verschiedenen Bereichen. Dennoch ist gerade in einer Gesellschaft mit zunehmenden Individualisierungstendenzen und knapper werdenden öffentlichen Geldern notwendig, das Engagementpotential in der

Bürgerschaft auszuschöpfen und möglichst zu erhöhen, unabhängig von der bisher geleisteten freiwilligen und ehrenamtlichen Arbeit. Gerade als christlich-demokratische Fraktionen sollten wir das nicht nur erkennen und anerkennen, sondern uns an dieser Arbeit aktiv beteiligen und sie nach Kräften fördern und unterstützen. Jedenfalls haben wir damit in Krefeld gute Erfahrungen gemacht, die ich mit meinem Beitrag gerne weitergegeben habe.